



Presseschau vom 23.11.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten **dnr-online**, **lnr-portal**, **Novorossia**, **dnr-news**, **novorosinform** u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken **dan-news**, **lug-info**. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. **BigMir**, **UNIAN**, **Ukrinform**, **KorrespondenT** und die Online-Zeitung **Timer** aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **siebenmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Almasnaja**, **Frunse**, **Molodjoshnoje**, **Smeloje** und **Kalinowo-Bortschtschewatoje**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **25-mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden **15 Ortschaften** der Republik mit Mörsern verschiedenen Kalibers, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: **Fast 90 Prozent der Deutschen wünschen sich Freundschaft mit Russland zurück**

Während Politiker die Fronten weiter verhärten lassen, wünscht sich die überwiegende Mehrheit der Deutschen gute Beziehungen zu Russland. In diesem Wunsch übertreffen die Bundesbürger sogar ihre europäischen Nachbarn, wie eine Sputnik-Umfrage zeigt. Auf den seit Jahren andauernden Sanktionskrieg zwischen der EU und Russland

angesprochen, gaben 87 Prozent der Bundesbürger an, sie wünschten sich eine baldige Normalisierung der Beziehungen. In den alten Bundesländern wurde mit 90 Prozent fast die gleiche Befürworter-Quote wie in den neuen Bundesländern (88 Prozent) gemessen. In Berlin liegt der Anteil mit 86 Prozent etwas tiefer. Am höchsten ist er in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt: 93 Prozent. Am niedrigsten in Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland: 83 Prozent.

Polen, Franzosen und Briten zeigten sich diesbezüglich etwas verhaltener als die Deutschen. Immerhin ergibt sich auch dort eine klare Mehrheit, die für bessere Beziehungen zu Russland plädiert. In Polen sind es 85 Prozent, in Frankreich 79 Prozent, in Großbritannien 68 Prozent. Frankreichs ältestes Meinungsforschungsinstitut Ifop hat im Auftrag von Sputnik vom 20. bis zum 27. September dieses Jahres 803 Menschen über 18 Jahre in Deutschland, 807 in Frankreich, 816 in Polen und 802 in Großbritannien folgende Frage gestellt: Durch Sanktionen und Gegensanktionen verschlechtern sich die politischen sowie wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und der EU immer weiter. Möchten Sie, dass sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland in naher Zukunft verbessern?



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31840/06/318400689.png>

Dan-news.info: „Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde in **Dokutschajewsk** das Gebäude des Kindergartens „Jasli sad Nr. 4“ beschädigt“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit. Außerdem wurden nach Angaben des Gemeinsamen Zentrums in der Stadt weitere vier Häuser in der Rabotschaja- und der Kujbyschew-Straße beschädigt. Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 171.

de.sputniknews.com: "Russland ist Kernfigur" - Türkischer Ex-Außenminister zu Syrien-Lösung

Vor dem Hintergrund des trilateralen Gipfels in Sotschi, wo Russland, die Türkei und der Iran die Regelung der syrischen Krise besprochen haben, hat der türkische Ex-Außenminister Yaşar Yakış die Position seines Landes in Bezug auf die Syrien-Krise, die Kooperation mit Russland und die Rolle des EU-Beitritts für den Staatsaufbau kommentiert.

Yakış zufolge ist eine überwiegende Mehrheit der syrischen Bevölkerung gegen die Politik des Landes in Syrien und gegen die Einmischung der Türkei in die syrische Krise. „Einige hochrangige Personen sprechen sogar davon, dass die Türkei einen großen Fehler begangen habe, indem sie mit dem Kampf gegen das syrische Regime begonnen und sich in die inneren Angelegenheiten Syriens eingemischt habe“, sagte er gegenüber Sputnik.

Fehlverhalten beim Ausbruch der syrischen Krise

Diesen Standpunkt teilt Yakiş auch: Die Türkei habe sich zu Beginn der syrischen Krise falsch verhalten, indem sie vermutet habe, der Sturz von Bashar al-Assad sei unvermeidbar, gab er zu: „Die Türkei meinte, Bashar al-Assad werde sehr schnell seines Amtes enthoben werden, und später konnte sie diese politische Linie nicht ändern.“

Die türkische Politik in dieser Frage sei etwa vor einem Jahr geändert worden, als die Türkei nicht mehr auf den sofortigen Rücktritt des syrischen Staatschefs pochte. „Das heißt, die Türkei akzeptierte die Tatsache, dass Assad wenigstens während der Übergangsperiode bleiben wird.“

Russland oder USA, Saudi-Arabien oder Iran?

„Russland ist zur Schlüsselfigur bei der Lösung der syrischen Krise geworden“, betonte Yakiş. In Bezug darauf wollte Sputnik wissen, ob die türkische Politik der von Russland oder der USA näher stehe. Es komme drauf an, um welchen Bereich es gehe, erwiderte Yakiş: „In einigen Bereichen ist die Türkei in ihrer Politik Russland näher, in anderen ist sie den USA näher.“ Die Türkei arbeite mit Russland hauptsächlich beim Thema Syrien zusammen, sagte er, weil „ihre Interessen sich in mehreren Momenten mit den russischen decken. Allerdings decken sie sich nicht vollständig, weil die Türkei und Russland in der kurdischen Frage Meinungsverschiedenheiten haben.“

Die Türkei sei am meisten darum besorgt, dass die Kurden keinen unabhängigen Staat schaffen und keine eigenen Provinzen bilden mögen, so Yakiş. Das Land wolle keine kurdische Region in seinem Süden, die es von Syrien trennen werde: „Das kann zu einem Muster für die türkischen Kurden werden. Und zum anderen will die Türkei nicht von Syrien und vom Weg nach Süden in die Länder des Mittleren Ostens abgeschnürt werden.“ Aus diesem Grund nehme der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan auch an den Verhandlungen teil, die den Frieden in der Region zum Ziel haben.

Die Türkei wolle auch die Beziehungen zu den beiden wichtigsten Rivalen in der Golfregion, Saudi-Arabien und Iran, bilanzieren: „Die Türkei will gute Beziehungen mit den beiden Ländern unterhalten, denn beide spielen eine wichtige Rolle in der Region“, hob Yakiş hervor.

Das Land zum EU-Beitritt in Ordnung bringen

Ob die Türkei auf die Idee verzichtet habe, doch einmal der EU beizutreten, wollte Sputnik wissen. Yakiş sieht dies nicht so einfach: Anstatt alle Bemühungen auf den Beitritt zur EU zu richten, solle die Türkei den Beitrittsprozess benutzen, um zu einem Staat zu werden, in dem die Grundrechte und Freiheiten eingehalten würden, in dem die Demokratie „sanfter“ wirke, wo eine transparente Marktwirtschaft bestehe und das Korruptionsniveau niedrig sei.

„Die Türkei kann kaum als ein Demokratie-Paradies bezeichnet werden, dennoch verfügt sie über eine bestimmte demokratische Erfahrung, weil im Lande seit 1945 ein Mehrparteiensystem besteht“, betonte Yakiş.

Weltliche Wende unter Erdogan? Von wegen!

Die Aussicht Erdogans, seine islamisch-konservative Gesinnung zu ändern und möglicherweise eine entsprechende Wende in seiner Innenpolitik vorzunehmen, bewertete Yakiş als wenig wahrscheinlich: „Erdogan lernte in religiösen Schulen, (...) er stammt aus einer konservativen Familie, und er setzte zu Beginn seiner Karriere auf die konservativ gesinnte Wählerschaft. Nun kann er seine Ansichten nicht mehr ändern und versuchen, den Wünschen der weltlichen Kreise entgegenzukommen“.

Die Präsidenten Russlands, der Türkei und des Irans, Wladimir Putin, Recep Tayyip Erdogan und Hassan Rouhani, waren am Mittwoch im südrussischen Sotschi zusammengekommen. Die drei Staatschefs besprachen bei ihrem Treffen die Regelung der Syrien-Krise und die Lage in der Region.

de.sputniknews.com: Russland in Visier: Dänemark baut Spionier-Superturm

Die dänische Regierung plant, auf der Insel Bornholm südöstlich von Kopenhagen eine 90

Meter lange Ausspäh-Station zu bauen, um Meldungen im ganzen Ostseeraum, vor allem aus Russland abfangen zu können. Dies berichtet die Zeitschrift „Newsweek“ unter Berufung auf den Leiter des Dienstes für militärische Aufklärung, Lars Findsen.

Kopenhagen wolle „Russlands Absichten gegenüber Dänemark besser verstehen“ können, so das Blatt. Dazu sei das Land von den angespannten Beziehungen zwischen Russland und der Nato sowie von der angeblichen Wehrentwicklung Moskaus angeregt worden.

Die neue Station werde den 1940 eingerichteten Radarkomplex ersetzen, der vor fünf Jahren geschlossen worden war.

In den letzten Monaten baut die Nato ihre Präsenz im Baltikum immer weiter aus und begründet dies mit der angeblichen Notwendigkeit, der „russischen Gefahr“ zu widerstehen.

Im Zweiten Weltkrieg okkupierten Nazi-Truppen die Insel Bornholm, die dann im Mai 1945 durch sowjetische Soldaten befreit wurde. Später gab die UdSSR die Insel an Dänemark zurück, allerdings unter einer Bedingung: dass hier niemals ein westliches Kontingent stationiert werde.

Dan-news.info: Heute sind 28 Lastwagen 71. Konvois des Zivilschutzministeriums der RF mit humanitären Gütern in einem Gesamtumfang von 364 Tonnen eingetroffen. Darunter sind etwa 260 Tonnen Lebensmittel – 36.279 Lebensmittelpakete für Kinder zwischen einem Jahr und drei Jahren“, teilte das Zivilschutzministerium der DVR mit.

Ebenfalls sind 100 Tonnen Medikamente und 100 kg Geschenke für Kinder der Mitarbeiter des Rettungsdienstes der DVR vom Zivilschutzministerium der RF enthalten.

Lug-info.com: Heute haben 15 Lastwagen des Zivilschutzministeriums der RF insgesamt 162 Tonnen humanitäre Hilfe nach Lugansk gebracht, darunter 134 Tonnen Lebensmittelpakete für Kinder bis zu drei Jahren, 27 Tonnen Medikamente, eine Tonne medizinisches Material.



[http://img.lug-info.com/cache/5/e/\(3\)_IMG_4989.JPG/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/5/e/(3)_IMG_4989.JPG/w620h420wm.jpg)

Nachmittags:

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Die Lage an der Kontaktlinie **bleibt angespannt**.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner auf die Gebiete von **elf Ortschaften** 62 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert sowie Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt.

In **Richtung Mariupol** haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte auf die Gebiete von **drei Ortschaften** 37 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert, außerdem wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In **Richtung Gorlowka** hat der Gegner das Gebiet von **Oserjanowka** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden **in den letzten 24 Stunden 25 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Das Niveau der Disziplin in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte sinkt weiter ab. Nach Informationen unserer Aufklärung wurden vorgestern bei einer plötzlichen Kontrolle des Personals durch den Leiter des Stabs des 1. mechanisierten Bataillons der 28. mechanisierten Brigade E. W. Sinjuk von 70 Soldaten auf der Liste einer der Kompanien 15 als abwesend festgestellt.

Dabei wurde bei einer vorläufigen Ermittlung festgestellt, dass diese Soldaten schon seit 3 bis 5 Tagen fehlen. Und die Informationen diesbezüglich wurden gegenüber dem Kommandeur der Kompanie verheimlicht.

So können wir bestätigen, dass in einer der Einheiten des 1. mechanisierten Bataillons der 28. mechanisierten Brigade innerhalb einer Woche praktisch ein gesamter mechanisierter Zug desertiert ist.

Nachdem dies an den Stab der „ATO“ berichtet wurde, wurde die Entscheidung getroffen, dringend Soldaten aus einer Kompanie des 37. Panzergrenadierbataillons der 56. Panzergrenadierbrigade in das Gebiet von Swobodnoje abzuordnen, um die „Bresche“ in der Verteidigung zu schließen.

Während der Einnahme der von der 28. Brigade verlassenen Positionen durch Soldaten der 56. Brigade entstand zwischen den Einheiten der beiden Brigaden der ukrainischen Streitkräfte aufgrund nicht abgestimmter Aktivitäten ein Kampf. Insbesondere weigerten sich Soldaten der 56. Brigade, sich den Kommandeuren der 28. Brigade unterzuordnen. In Folge des Kampfes erlitt ein Soldat der 56. Brigade eine Schussverletzung. Dabei hält das Kommando der „ATO“ die Soldaten der 56. Brigade für die Schuldigen an dem Geschehen. Diese meinen das nicht, und im Zusammenhang damit weigern sie sich jetzt ihren „Kameraden“ aus der 28. Brigade zu helfen.

Das Interessanteste ist, dass das Kommando der „ATO“, während es „Löcher“ in der Verteidigung der 28. Brigade durch Soldaten der 56. stopft, eine ganze Aufklärungskompanie aus der 28. Brigade zu Verstärkung der benachbarten 59. Panzergrenadierbrigade, die in Richtung Mariupol stationiert ist, schickt.

Eine solche Entscheidung über das Stopfen von „Löchern“ kann von einem zeugen: die Verteidigung der ukrainischen Seite ähnelt einem morschen Schiff, dass zum Grund sinkt. Die Ratten und der Kapitän fliehen. Und die dilettantische Mannschaft versucht das Schiff zu retten, indem sie Löcher mit irgendwas verstopfen, ohne die Zweckbestimmung ihrer Einheiten und deren Möglichkeiten zu kennen.

Bei der Verletzung der Disziplin stand auch die benachbarte 59. Panzergrenadierbrigade, die in Richtung Mariupol stationiert ist, nicht zurück.

So wurde unserer Aufklärung bekannt, dass vor einigen Tagen in Folge von unvorsichtigem Umgang mit einem großkalibrigen Maschinengewehr ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte tödliche Verletzungen erlitt. Dabei berichtet das Kommando der Brigade, um diese Tatsache zu verheimlichen, über den Tod des Soldaten als Folge eines Beschusses von unserer Seite.

Aber von Kameraden des Toten ging die Information ein, dass er die tödlichen Verletzungen durch ein defektes Maschinengewehr erlitt. Dabei ist die Ursache für die Fehlfunktion des Maschinengewehrs, in deren Folge ein Mensch starb, die eigenständige Bearbeitung der Waffe durch ukrainische Freiwillige.

Außerdem ist bereits bekannt, dass der tote Soldat betrunken war. Dies ist im Grunde bereits der normale Zustand der Soldaten der 59. Panzergrenadierbrigade und der 79.

Luftsturmbrigade.

Zum Abschluss, durch Informationen von Soldaten der 36. Marineinfanteriebrigade wurde uns von Quälereien eines Kommandeurs gegenüber einem seiner Untergebenen, der sich etwas zuschulden kommen ließ, bekannt. Genauer hat am letzten Wochenende ein Soldat des 1. Marineinfanteriebataillons im betrunkenen Zustand eine Rauferei in einem Verkaufsstand in Nowoselowka Wtoraja begonnen. Er konnte erst durch den Stabsfeldwebel der Einheit und den Kommandeur Risowannyj selbst beruhigt werden.

Als Strafe für dieses Vergehen stellte der Kommandeur den Soldaten für vier Tage in einer speziell gegrabenen Grube unter freiem Himmel unter Arrest. Besser gesagt, in einem Loch, das nur für die Nacht mit einem Metallblech abgedeckt wird, damit kein Schnee hineinfällt. Diese Praxis der Erziehung wird in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte normal, weil alle anderen Maßnahmen gegenüber die Soldaten, die sich etwas zuschulden kommen ließen, reagieren, erschöpft sind.

de.sputniknews.com: „Einst verwüstet, jetzt progressiv“: Russlands Engagement auf Krim zeigt Wirkung

Kiew soll sich nicht an die Krim klammern, weil selbst die Bewohner der Schwarzmeer-Halbinsel kein Teil der Ukraine sein wollen. Darüber sprach der ukrainische Funktionär Aleksej Motschanow gegenüber dem TV-Sender „NewsOne“.

Der Euromaidan-Aktivist und Freiwillige der sogenannten Anti-Terror-Operation der Ukraine (ATO), Aleksej Motschanow, ist der Meinung, dass derzeit das Land an seinem eigenen Wohlstand arbeiten solle, um attraktiv für „Amerikaner und Russen“ zu werden. Man solle nicht an der Krim festhalten, da diese sich bereits Russland angenähert habe.

„Dort (auf der Krim – Anm. d. Red.) hat niemand seit 25 Jahren etwas getan. Wir hatten nur das Südufer der Krim und eine verwüstete Steppe, sonst nichts. Genauso wie die Stadt Dschankoj im Jahre 1991 zunichtegemacht worden ist, so verbleibt sie bis heute in diesem Zustand. Meiner Meinung nach wurde in Dschankoj, bis es sich 2014 von der Ukraine verabschiedete, kein Loch zugeschüttet“, sagte er.

Im Unterschied zur Ukraine beschäftigt sich ihm zufolge Russland mit der Entwicklung der Infrastruktur der Krim. Dies beeinflusse das Leben der Republikbewohner positiv. Die Menschen spürten diesen Unterschied und wollten nicht zur Ukraine zurück, was sich jedoch der Westen und Kiew wünschten. „Derzeit bauen die Russen eine große Autobahn zwischen Kertsch und Sewastopol, mit Abzweigungen nach Jewpatorija und Dschankoj“, so Motschanow weiter. „Die Brücke über die Straße von Kertsch ist das eine. Und eine asphaltierte Straße durch die Steppe bis nach Sewastopol ist ganz etwas anderes“, erläuterte er.

Ukrainische Grenzregionen seien ein anschauliches Beispiel dafür, was gewesen wäre, wenn die Republik Russland nicht beigetreten wäre. In den letzten 3,5 Jahren seien keine Straßen um die Stadt Mogiljow-Podolskij in der westlichen Ukraine gebaut worden: Es gebe in diesem Zusammenhang keinen Anlass für die Ukrainer, von einer Verbesserung ihres Lebens zu sprechen, was wiederum über die Bewohner der russischen Halbinsel Krim laut Motschanow sehr wohl gesagt werden kann.

Die Halbinsel hatte seit 1783 zu Russland gehört, bevor der sowjetische Staatschef Nikita Chruschtschow 1954 die Halbinsel symbolisch von der Russischen Sowjetrepublik an die Ukrainische Sowjetrepublik – beide der Sowjetunion zugehörig – „verschenkt“ hatte. Nach

dem Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991 galt die von Russen dominierte Krim automatisch als Teil der Ukraine. Laut russischen Politikern und Rechtsexperten war die eigenmächtige Übertragung verfassungswidrig.

Rusvesna.su: **Einwohner der „grauen Zone“ wandten sich an die OSZE mit der Bitte, sie vor der Willkür des ukrainischen Militärs zu schützen.**

Nachdem ukrainische Truppen unter grober Verletzung der Minsker Vereinbarungen das Dorf Gladosowo bei Gorlowka eingenommen haben, richteten Bewohner der besetzten Ortschaft einen offenen Brief an den stellvertretenden Leiter der OSZE-Beobachtermision Alexander Hug.

Die Leute setzten ihre Unterschrift unter eine Erklärung, oder eher einen Ruf der Verzweiflung, worin sie Hug auffordern, seine Aufmerksamkeit darauf zu lenken, dass das ukrainische Militär ihr Dorf in der Nacht zum 22. November „perfide okkupiert“ hat. „Wir rufen Sie auf, als Garant der Einhaltung der Minsker Vereinbarungen zu uns ins Dorf zu kommen und die Unrechtmäßigkeit des Vorgehens der ukrainischen Behörden festzustellen, und außerdem des Status unserer Siedlung wiederherzustellen, die nach dem Willen der Bevölkerung zur DVR gehört“, heißt es in der Erklärung der Einwohner von Gladasowo. Gestern hatte „Russkaja Wesna“ berichtet, dass Kämpfer der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte und der Bataillons „Aidar“ im Schutz der Nacht in das Dorf eingedrungen sind, die Häuser der Anwohner blockiert und sie mit vorgehaltener Waffe daran gehindert haben, ihre Häuser zu verlassen.

Von den Dorfbewohnern gab es alarmierende Berichte über illegale Verhaftungen durch nationalistische ukrainische Einheiten.

Уважаемый Александр Хуг!

Мы, жители поселка Гладосово, бывшей Донецкой области, а ныне Донецкой Народной Республики, обращаемся к Вам. Наш поселок находится согласно Минским договоренностям в «серой зоне». Данный статус поселка был вероломно нарушен 21 ноября 2017 г. украинскими войсками, которые оккупировали нас в ночь на 22 ноября. Многих жителей поселка арестовали и увезли в неизвестном направлении.

Мы призываем вас, как гаранта соблюдения Минских договоренностей, прибыть к нам в поселок и зафиксировать беспредел украинских властей! А также зафиксировать статус нашего поселка, согласно волеизъявлению жителей, как территория Донецкой Народной Республики.

С уважением!

Шанин А.В. Шанин
Мельник Г.В. Мельник
Ткаченко А.О. Ткаченко
Левченко А.А.
Кравченко И.С.
Пондаришко А.Е.
Голованов М.Б. Голованов
Александров Е.Б.

http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/obrashchenie_k_obse.png

de.sputniknews.com: Weitere nicht nötig: Russland, Türkei und Iran wollen Syrien-Krise zu dritt lösen.

Am Mittwoch hat sich der russische Präsident Wladimir Putin mit den Staatschefs der Türkei und des Iran, Recep Tayyip Erdoğan und Hassan Rouhani, getroffen. Das Treffen hat zum Abschluss der Verhandlungen über die Regelung der Syrien-Krise und über die Lage in der Region stattgefunden.

Nach dem Treffen hat Putin ein umfangreiches und vielseitiges Aufbauprogramm für Syrien in Aussicht gestellt und die Grundlagen der politischen Regulierung für Syriens Zukunft aufgezeigt.

In Syrien herrscht seit 2011 Bürgerkrieg. Den Regierungstruppen von Präsident Baschar al-Assad stehen von den USA unterstützte Rebellen, aber auch die islamistischen Terrormilizen Daesh, al-Nusra-Front und andere gegenüber. Die russische Luftwaffe unterstützt seit 2015 auf Bitte der Regierung in Damaskus die syrischen Regierungstruppen im Kampf gegen die Terroristen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31841/55/318415593.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **siebenmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Molodjoshnoje, Frunse, Almasnoje und Borschtschewatoje**. Beim Beschuss haben die ukrainischen Streitkräfte 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden mehr als 20 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

In einer Einheit der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Makarowo sind drei Soldaten mit ihren Waffen desertiert.

Solche Fälle sind keine Einzelfälle und werden von den Kommandeuren der Einheiten sorgfältig gegenüber dem übergeordneten Kommando verheimlicht.

Es wurde bekannt, dass **im Gebiet des Swetlodarsker Bogens drei Fahrzeuge mit Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die Uniformen der Volksrepubliken tragen, sowie eine große Zahl von Vertretern ukrainischer Medien** zur Organisation und Aufnahme von inszenierten Reportagen über Beschuss von Positionen der ukrainischen Streitkräfte durch Einheiten der Volksrepubliken eingetroffen sind.

Die ukrainische Seite verletzt weiter die Minsker Vereinbarungen bezüglich des Abzugs von schweren Waffen von Kontaktlinie. So wurden im Verantwortungsbereich der 58.

Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Solotoje eine Mörsermannschaft, vermutlich zur Durchführung von Provokationen, sowie ein Schützenpanzer in einem Unterstand entdeckt.

Dan-news.info: „Das Zentrum zur Entwicklung des Donbass leistet weiter, mit Unterstützung von Spendern, den Einwohnern der Region humanitäre Hilfe. Derzeit werden Lebensmittelpakete an Menschen über 75 ausgegeben, die die Mindestrente von 2730 Rubel beziehen. Es haben bereits 3000 Menschen diese Hilfe erhalten. Bis Anfang Dezember werden über 35.000 Bedürftige diese Hilfe erhalten“, teilte das Zentrum mit. Ein Paket enthält je 2 kg Grieß, Reis, Erbsen, Nudeln, Mehl, ein kg Zucker, einen Liter Pflanzenöl und 200 g jodiertes Salz. Die Ausgabe erfolgt in Donezk, Gorlowka, Tores, Debalzewo, Sneshnoje, Jasinowataja und anderen Städten der Republik.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/11/dan-news.info-2017-11-23_11-41-22_683939-6-768x576.jpg

de.sputniknews.com: Experte: Russland hat in Syrien Bürgerkrieg nach Libyen-Muster vereitelt.

Das Treffen der Präsidenten Russlands, der Türkei und des Irans in Sotschi hat Professor Paulo Botta von der Universität Complutense Madrid in einem Sputnik-Interview kommentiert. Darin geht er auch auf die Rolle Russlands bei der Regelung der Syrien-Krise ein.

Der Experte verwies darauf, dass der russische Präsident nach dem Treffen gesagt habe, dass sich Moskau, Teheran und Ankara gemeinsam bemühen würden, einen Zerfall Syriens sowie eine humanitäre Katastrophe in diesem Land zu vermeiden.

Botta merkte an, die westlichen Länder hätten während des Bürgerkrieges mehrmals gefordert, dass der syrische Präsident Baschar al-Assad zurücktreten solle. Dies sollte laut dem Westen „zur Vorbedingung der Lösung des Konflikts“ werden. Aber dank dem russischen Syrien-Einsatz sei die Regierung an der Macht geblieben. Heute sei die Tatsache, dass Assad seinen Posten behalten werde, eine Bedingung, die niemand in Frage stellt.

Der Analytiker äußerte sich auch zum Problem der territorialen Integrität Syriens. „Von meinem Standpunkt aus ist es ein Fehler, eine Rückkehr zu einem völlig zentralisierten Staat zu wünschen ohne zum Beispiel die kurdische Autonomie anzuerkennen“, so Botta. Laut dem Experten sollte man mit Rücksicht auf diese Forderungen die politische Struktur des Landes behalten und nicht zulassen, dass das Land völlig geteilt wird und dass dort ein anhaltender

Bürgerkrieg wie in Libyen herrscht.

Was wird mit dem IS?

Botta betonte, Russland habe wesentlich dazu beigetragen, dass die Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS, auch Daesh) die Kontrolle über die syrischen Territorien und Städte verloren hätte. Aber man könne jetzt nicht von einer Niederlage der gesamten Terrormiliz, sondern von einer Niederlage deren Kämpfer sprechen, von denen die Hälfte aus anderen Ländern nach Syrien gekommen war.

"Sie sind prinzipienfeste Menschen mit militärischer Ausbildung. Sie können sich in andere Länder oder in ihre Heimat begeben, und das ist ein Problem für die Sicherheit", sagte der Experte.

Er erinnerte an die ausländischen Kämpfer, die am Bürgerkrieg in Afghanistan teilgenommen hatten. Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre seien diese Radikalen in ihre Heimatländer zurückgekehrt und hätten "den Bürgerkrieg in Algerien sowie die Aufstände in Jemen und Jordanien entfesselt".

Der Analytiker ist deshalb der Ansicht, eine solche Situation könnte heute zu einer Herausforderung für die Weltgemeinschaft werden.

„Man muss die Zusammenarbeit festigen. Ohne Informationsaustausch werden diese Kämpfer leider ideale Bedingungen erhalten, um Terroranschläge in allen Teilen der Welt zu verüben“, betonte der Experte abschließend.

Dnr-news.com: Die DVR hat ihre vollständige Bereitschaft für den Gefangenenaustausch mit der Ukraine erklärt.

Die Donezker Volksrepublik ist uneingeschränkt bereit für den Austausch von Gefangen mit der Ukraine. Dies berichtete der Pressedienst der Administration des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko.

„Die DVR ist vollständig bereit für den Gefangenenaustausch, über den Medwedtschuk (Vertreter der Ukraine bei den Minsker Verhandlungen, A.d.Ü.) in der vorigen Woche gesprochen hat. Derzeit findet eine Abstimmung der Listen statt“, heißt es in der Mitteilung.

Abends:

Ukrinform.ua: 27. Infanteriebrigade der US-Armee in der Ukraine angekommen.

Von heute an werden die Übungen der ukrainischen Truppen auf dem Jaworiw Polygon, Lwiwer Region, von Instruktor der 27. Infanteriebrigade der Armee der Vereinigten Staaten geleitet.

Am 22. November haben sie feierlich das Kommando von den Kollegen aus der 45. Infanteriebrigade der Nationalgarde der Streitkräfte der Vereinigten Staaten übernommen, berichtete radiosvoboda.org.

„Die Soldaten der 45. Infanteriebrigade haben ihre Kampfflagge zusammengefaltet. Fast zehn Monate lang haben die Ausbilder einer der besten amerikanischen Divisionen aus dem Bundesstaat Oklahoma in der Ukraine bei der Ausbildung ukrainischer Kämpfer verbracht“, besagt die Meldung.

In der Zwischenzeit haben die Soldaten der 27. Infanteriebrigade aus dem Staat New York (Stadt Syracuse) ihr Kampfbanner entfaltet, das auf dem Polygon bis August nächsten Jahres flattern wird. Gerade so viel Zeit werden 250 Militärausbilder aus der Infanteriebrigade zusammen mit Kollegen aus Deutschland, Polen, Großbritannien, Litauen, Dänemark, insgesamt mehr als 400 Personen, die ukrainischen Soldaten trainieren, die in der Kampfzone im Donbass ihren Kriegsdienst leisten. Gleichzeitig werden die Nato-Truppen die ukrainische

Kampferfahrung übernehmen.



https://static.ukrinform.com/photos/2017_11/thumb_files/630_360_1511376616-8280.jpeg

de.sputniknews.com: US-Ausbilder bei Kiews Armee: Wer lernt da von wem?

250 US-Militärberater sind in der Ukraine eingetroffen, um ukrainische Truppen auszubilden. Die Regierung in Kiew hat das laut dem Portal „rueconomics“ bekanntgegeben. Aber was wollen die Amerikaner den ukrainischen Soldaten eigentlich beibringen, wo sie schon einmal im Donbass gescheitert sind?

Es seien US-amerikanische Generäle gewesen, unter deren „kompetenter“ Führung die ukrainische Armee 2014 von den Aufständischen im Donbass eingekesselt worden sei und enorme Verluste erlitten habe, sagte dem Portal die Sicherheitsexpertin und ehemalige Nato-Mitarbeiterin Victoria Legranowa.

Es sei von vornherein ausgeschlossen, dass die US-Amerikaner den Ukrainern etwas beibringen könnten. „Denn sie haben keinerlei Kampferfahrung unter den Bedingungen des Donbass“, so die Expertin.

Die US-Ausbilder, „an die Kampfbedingungen im Irak gewöhnt“, hätten auch im Donbass einen leichten Sieg gewittert. Doch im Irak hätten sie „unter dem Schutz der Luftwaffe und von Marschflugkörpern“ gekämpft. „Im Donbass fanden sie dann eine ganz andere Umgebung vor: da gibt es keine Wüste und da kann man auch nicht mal eben ein paar Marschflugkörper auf die Städte abschießen“, erklärt Legranowa.

Die Geschichte mit dem Donbass zeige, was die Amerikaner wirklich in der Ukraine wollten: „Sie benutzen die ukrainische Armee, um Kämpfen zu lernen“, so die Analystin.

Neben US-amerikanischen Beratern seien auch deren Kollegen aus Kanada, Großbritannien, Dänemark, Polen und Litauen in der Ukraine, um die dortigen Soldaten zu trainieren, schreibt das Portal.

Und außerdem habe die Erfahrung in Syrien gezeigt, „dass die USA nicht mit ihrer eigenen Armee kämpfen wollen. Sie setzen auf lokale Kämpfergruppen, die ganz klar dem US-Kommando unterstehen. In der Ukraine erprobt das Pentagon die Taktik zur Kontrolle schlecht kontrollierbarer Verbände“, sagt die Expertin.

Wie das konkret aussieht, weiß die Spezialistin auch: „Die Feldkommandeure bekommen Funkgeräte und ein Tablet, das die Lage auf dem Schlachtfeld abbildet. Dann bekommen sie Befehle, zu verlegen oder eine Anhöhe einzunehmen. Solche Operationen gelingen dem Pentagon bislang mehr schlecht als recht, aber mit der Zeit sammeln sie mehr Erfahrung im Kampf mit fremden Händen und können diese dann in anderen Weltregionen anwenden.“

Der Einsatz von Ausbildern in unterschiedlichen Weltgegenden sei überdies für den US-

Staatshaushalt keine große Belastung: „Das Geld für die Gehälter und die Versorgung der Berater fließt direkt wieder zurück in die US-amerikanische Wirtschaft“, erklärt die Expertin. Allerdings bitte Kiew die USA seit Jahren schon um größere Hilfe: Panzer- und Flugabwehrraketen, Kampfschiffe, schreibt das Portal. Das Pentagon schicke indes ausgemusterte Geländewagen, Feldrationen, Kampfanzüge und „nichttödliche“ Gefechtsausrüstung wie Funk- und Nachtsichtgeräte. „Tödliche Waffen bekommt die Ukraine nie: Die US-Amerikaner haben nichts davon, dass ihre Panzerfäuste morgen schon gegen Nato-Panzer im Irak eingesetzt werden“, sagt die Analystin.

Ein heikles Detail: Dass sogenannte Berater in der Ukraine stationiert seien, rechtfertige die Präsenz von US-Soldaten dort, wo sie überhaupt nicht sein dürften. Es gebe eine ganze Reihe von Vereinbarungen zwischen Russland und der Nato, die das verböten. „Doch die entsandten Berater, die angeblich an Manövern teilnehmen, unterlaufen diese Verbote“, so die Expertin. So ein „Erfahrungsaustausch“ sei aber auch keine Einbahnstraße: „Kiew setzt Hoffnungen auf die US-Soldaten, dass der Westen nämlich helfen werde, den Donbass und vielleicht sogar die Krim zurückzuholen. Da würde das Ansehen der ukrainischen Führung zu ungeahnten Höhen aufsteigen.“

Doch für die USA sei die Ukraine nichts als ein Mittel, um Druck auf Russland auszuüben. „Der Westen wird von Kiew alles bekommen, was er braucht. Ukrainische Probleme zu lösen, zählt zu Washingtons Plänen indes nicht“, so die Expertin.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31841/86/318418665.jpg>

rusvesna.su: Ukrainische Hacker bereiten eine Kopie der Website der Armee der DVR vor, um dort Falschinformationen zu verbreiten.

Ukrainische Hacker haben damit begonnen, eine Kopie der Website des Pressedienstes der Streitkräfte der DVR zur Verbreitung von Falschinformationen zu erstellen. Dies wurde heute vom operativen Kommando der Donezker Volksrepublik mitgeteilt.

„Die Website des Pressedienstes der Volksrepublik Donezk wurde in den letzten Tagen von ukrainischen Hackern heftig angegriffen. Wegen des ausbleibenden Erfolges beim Hacken der Ressource, begannen die Hacker, eine Kopie der Website des ‚Pressedienstes des operativen Kommandos der DVR‘ vorzubereiten, um falsche Informationen in unserem Namen zu verbreiten“, heißt es in der Mitteilung des Kommandos.

Es wurde betont, dass als primäre Informationsquelle die offizielle Videobotschaft verwendet werden kann, die vom Kommando der DVR herausgegeben wird,

Lug-info.com: „Heute hat der **Gegner mit zwei Diversionsgruppen** aus der 58. mechanisierten Brigade mit einer Gesamtstärke von 15 Mann aus Richtung Krymskoje in

Richtung Frunse versucht auf unsere Positionen zu kommen, **um Provokationen durchzuführen**“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

„Beim Vorrücken geriet das Personal einer Diversions- und Erkundungsgruppe der ukrainischen Streitkräfte auf eine Mine. In der Folge starben drei Soldaten, zwei wurden verletzt“, berichtete er.

Zur Deckung der Evakuierung der Toten und Verletzten hat der Gegner das Feuer mit großkalibrigen Maschinengewehren und Mörsern eröffnet.

„Wir haben den Prozess des Vorrückens der Gegners beobachtet und uns vorbereitet seine Provokation abzuwehren. Derzeit eröffnen die ukrainischen Truppen weiter regelmäßig das Feuer in Richtung unserer Positionen“, teilte Marotschko weiter mit.

„Dies zeugt davon, dass die ukrainische Seite weiter die Lage in der „ATO“-Zone destabilisieren will, trotz der Anwesenheit von Hug in den Republiken“, unterstrich Marotschko.

de.sputniknews.com: Deutsch-Russischer Petersburger Dialog in Berlin eröffnet – Neuanfang oder Tribunal?

Hochrangige Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur treffen sich am Donnerstag und Freitag zum wichtigsten deutsch-russischen Treffen in Berlin. Nachdem der Petersburger Dialog 2014 wegen der Ukraine-Krise ausgesetzt wurde und in den letzten Jahren eher von Vorwürfen geprägt war, hofft man in diesem Jahr auf Annäherung und Entspannung.

Der Petersburger Dialog wurde 2001 vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ins Leben gerufen. Zum ersten Mal findet der bilaterale Austausch von über 300 hochrangigen Vertretern beider Länder 2017 in Berlin statt. Von deutscher Seite nehmen in diesem Jahr unter anderem Bundesverteidigungsminister a. D. Franz Josef Jung sowie namhafte Politiker wie Matthias Platzeck, Manfred Stolpe, Horst Teltschik und Alexander Graf Lambsdorff teil. Geladen sind auch

Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries und ihr russischer Kollege Azer Talybov.

Darüber hinaus sind sechs Gouverneure aus Russland nach Berlin gekommen, was Ministerpräsidenten von Bundesländern in Deutschland entspricht.

Den russischen Vorsitz des Petersburger Dialogs hat seit 2009 der ehemalige russische Ministerpräsident Viktor Subkow inne. Erster Vorsitzender des Dialogs war bis dahin der letzte sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow. Von deutscher Seite ist seit 2015 Ronald Pofalla Vorsitzender des Gremiums. Die Ernennung des CDU-Politikers, der den letzten Ministerpräsidenten der DDR Lothar de Maizière beim Petersburger Dialog ablöste, wurde als Zeichen eines härteren Kurses gegenüber Russland gewertet. Der ehemalige Chef des Bundeskanzleramtes zog sich Ende 2014 aus allen politischen Ämtern zurück und arbeitet seitdem für die Deutsche Bahn.

Pofalla äußerte am Donnerstag in einem Interview im ZDF, dass er derzeit wenig Chancen für eine Verbesserung der deutsch-russischen Beziehungen sieht. Zusätzlich goss der Vorsitzende des Petersburger Dialogs Öl ins Feuer, indem er sagte, dass das Treffen des russischen Präsidenten mit den Präsidenten der Türkei und des Iran am Mittwoch in Sotschi an Zynismus „nicht mehr zu überbieten“ sei.

So bestätigte Pofalla auf der Pressekonferenz vor Beginn des Petersburger Dialogs auch „Ich halte es für richtig, dass wir die völkerrechtswidrige Annexion der Krim kritisieren und ich kann auch nicht einsehen, dass sich daran im Laufe der Zeit etwas ändern sollte.“

Pofalla sprach sich außerdem für eine Verlängerung der EU-Sanktionen gegen Russland aus, solange sich „substantiell von russischer Seite nichts in den Fragen der Krim und der Ostukraine“ ändere.

Allerdings setze er Hoffnung auf den Vorschlag des russischen Präsidenten, Blauhelm-Soldaten im Donbass zu stationieren. „Sollte sich diese Mission als Erfolg erweisen, sollte

man über die Zurücknahme der Sanktionen nachdenken“, so Pofalla.

Der russische Co-Vorsitzende des Petersburger Dialogs Viktor Subkow hielt dagegen, dass unter den Sanktionen vor allem Europa leide. Während Russland vor den Sanktionen viele Geräte, vor allem im Gasbereich, in Europa gekauft habe, werden diese Anlagen nun zu 100 Prozent von Firmen in Russland hergestellt. Auch in der Landwirtschaft hätten die europäischen Bauern Verluste, während es den russischen Landwirten besser gehe als je zuvor.

Subkow bezeichnete den Petersburger Dialog als „das wichtigste und einzige regelmäßige Gesprächsforum zwischen Deutschland und Russland. „Der Weg zur Annäherung ist immer über einen offenen und ehrlichen Dialog“, sagte er.

Pofalla ergänzte: „Allein der Umstand, dass wir uns in diesen nicht einfachen Zeiten treffen, ist an sich schon ein Wert. Mittlerweile haben wir einen so offenen Dialog, dass jeder Kritik am anderen auch anspricht. Manchmal sind wir nicht weit, manchmal ganz weit auseinander.“

Anschließend wurde der Petersburger Dialog mit Grußworten des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller und des russischen Botschafters Wladimir Grinin im Festsaal des Roten Rathauses in Berlin eröffnet. Die beiden Vorsitzenden des Petersburger Dialogs verlasen Grußworte des russischen Präsidenten und der Bundeskanzlerin. Bis 2013 hatten die Staatsoberhäupter Russlands und Deutschlands noch selbst am Petersburger Dialog teilgenommen und das Forum für Regierungskonsultationen genutzt.

Bischof Wolfgang Huber, ehemaliger Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche sprach in seiner Rede auch den Auftritt des russischen Schülers im Deutschen Bundestag zum Volkstrauertag am vergangenen Sonntag an, der in Russland für große Kontroversen sorgte. Huber verteidigte den Schüler, dass dieser nicht meinte, dass Wehrmachtssoldaten unschuldig waren, sondern „unschuldig umgekommen“ seien. Für den Petersburger Dialog wünscht sich Huber, dass es keine Teilung in Russlandkritiker und Russlandversther gäbe, da das Verstehen die Voraussetzung für Kritik sei. „Empathie und Dialog gehören zusammen“, sagte der Bischof abschließend.

Michail Fedotow, der Menschenrechtsbeauftragte in der russischen Regierung betonte die gute Beziehung der Völker beider Länder. Unfrieden werde eher durch journalistische Äußerungen und die Sprache der Politiker gestiftet. So sei es die wichtigste Aufgabe der Zivilgesellschaft, Menschen zusammenzuführen. Der Petersburger Dialog sei hierfür das beste Forum, um Weichen zu stellen.

Den Abschluss des ersten Tages bildete am Abend ein Konzert der Russisch-Deutschen Musik-Akademie.

Am Freitag werden die Teilnehmer parallel in unterschiedlichen Arbeitsgruppen zu Themen wie Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutieren. Die zehn Arbeitsgruppen haben sich ein Jahr vorbereitet und mehr als 30 Treffen durchgeführt. Geplant ist, im Bereich Bildung und Wissenschaft ein Abkommen zum geförderten Austausch junger Wissenschaftler zu unterzeichnen.

Armin Siebert



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31841/96/318419689.jpg>

de.sputniknews.com: Generalstab: Russland wird Truppengruppierung in Syrien stark abbauen

Russland wird seine Gruppierung in Syrien demnächst stark abbauen. Wie der Generalstabschef der russischen Streitkräfte, Armeegeneral Waleri Gerassimow, am Donnerstag in Botscharow Rutschej bei Sotschi mitteilte, ziehen die ersten Verbände noch in diesem Jahr aus dem arabischen Land ab.

„In der Syrischen Arabischen Republik werden die beiden Stützpunkte in Hmeimim und Tartus sowie das Aussöhnungszentrum und Strukturen bleiben, die für die Gewährleistung der Sicherheit notwendig sind“, sagte der General.

Nach der Erfüllung der militärischen Aufgaben durch Russland werde der Oberbefehlshaber einen Befehl zum Truppenabzug erteilen. Gerassimow zufolge passiert das allem Anschein nach noch vor dem Jahreswechsel.